

Antrag Nr. 21-F-67-0012

CDU, FDP, Volt, BLW ULW BIG

Betreff:

HR-Planung der LHW - Transparenz über die Neuschaffung von Stellen und ihren Auswirkungen bei gleichzeitiger Bewältigung des Fachkräftemangels, des demographischen Wandels und der Digitalisierung schaffen

-Antrag der Stadtverordnetenfraktion von CDU, FDP, Volt & BLW/ULW/BIG vom 14. September 2021-

Antragstext:

Wieder erreichen die Fraktionen zahlreiche Magistratsvorlagen zur Schaffung neuer Stellen in der städtischen Verwaltung. Häufig sollen dabei bereits unter Vorwegnahme der Haushaltsberatungen neue Stellen geschaffen und besetzt werden, was eine Debatte in den Haushaltsberatungen weitgehend obsolet macht und teilweise frisch beschlossene Stellenpläne ad absurdum führt. Gleichzeitig wächst die Lücke zwischen im Stellenplan vorhandenen und tatsächlich besetzten Stellen immer weiter an.

Häufig stehen hinter den Stellenschaffungen Projekten der Stadtverwaltung, deren Wirksamkeit und Zielerfüllung von den Stadtverordneten bisher nicht wirksam kontrolliert werden kann, da eine Evaluierung - wenn überhaupt - nur amtsintern stattfindet. Gerade angesichts der angespannten Haushaltslage und den stetig wachsenden konsumtiven Ausgaben der Stadtverwaltung, bedarf es einer stetigen Erfolgskontrolle der angestoßenen Maßnahmen.

Gleichzeitig steht die Landeshauptstadt Wiesbaden vor der Aufgabe, den demographischen Wandel auch in der eigenen Verwaltung zu bewältigen. Hierzu ist überlegtes, planvolles Handeln notwendig.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

- 1) zu berichten,
 - a. wie viele Stellen in den letzten fünf Jahren für Digitalisierungsprojekte innerhalb der Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben geschaffen wurden.
 - b. wie die Erfolgskontrolle der zahlreichen Modernisierungsprojekte sichergestellt wird und wie viele Stellen hierdurch innerhalb der Ämter umgeschichtet werden konnten?
 - c. Wie viele Stellen in den letzten fünf Jahren in der gesamten Stadtverwaltung mit neu geschaffen wurden und wie viele davon mit kw-Vermerk versehen wurden (gegliedert nach Ämtern).
 - d. wie viele kw-Vermerke in den letzten fünf Jahren aufgehoben wurden?
- 2) dem Ausschuss zu den Haushaltsberatungen 2022/2023 eine Personalplanung für die über die Haushaltsjahre 22/23 hinausgehende Zukunft (mind. 5 Jahre) vorzustellen und diese Personalplanung jeweils zu den Haushaltsplanberatungen fortzuschreiben. Dabei soll insbesondere auf aktuelle Trends und ihre Auswirkungen (demographischer Wandel, Fachkräftemangel, Digitalisierung der Arbeitswelt, etc.) auf den Arbeitgeber LHW eingegangen werden.
- 3) den Stellenplan bis zu den Haushaltsberatungen 2024/2025 so zu bereinigen, dass dauerhaft nicht mehr benötigte Stellen gestrichen oder für entstehende Bedarfe umgenutzt werden.
- 4) die unterjährige Schaffung neuer Stellen durch Vorabbesetzungen auf begründete Ausnahmefälle zu beschränken.

Antrag Nr. 21-F-67-0012
CDU, FDP, Volt, BLW ULW BIG

Christian Diers
Fraktionsvorsitzender

Dr. Reinhard Völker
Fachsprecher

Achim Sprengard
Fachsprecher

Renate Kienast-Dittrich
Fraktionsvorsitzende

Jeanette-Christine Wild
Fraktionsgeschäftsführerin

Julia Heyer
Fraktionsreferentin

Sascha Kolhey
Fraktionsgeschäftsführer

Michael Ungermann
Fraktionsreferent

Wiesbaden, 15.09.2021